

Ersteinst. Hälfte
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonn- und Festtags.

Belegpreis
monatlich 60 Pfennig, bei
ins Fern. durch die Post
zusammen monatlich
1.00 Mk. ohne Postgeb.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenergebnisse),
monatlich 10 Pfennig.

Abonnent- und Leserkarte:
Schreibweise: Nr. 208
Belegpreis: Nr. 1047.

Volksblatt

Wespengeheißer
betragt für die Gespinnne
Kolonie ob. deren Raum
20 Pfennig.
für auswendige Ausgaben
25 Pfennig.
Ausgaben unterhalb
des Betrags 75 Pfennig.

Anzeigen
für die halbe Zeile
müssen vollständig die
Wespengeheißer aufgeben
sein.

eingetragen in die
Postämterliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Haupt-Geschäftsstelle: Herz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Herz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Werbt für das Volksblatt!

Unter den mannigfachen Waffen, mit denen das Klassen-
bedenhte Proletariat seinen Befreiungskampf führt, steht
die Arbeiterpresse

mit an hervorragender Stelle. Sie ist zum berufenen
Wortführer und Vorkämpfer der ringenden und streben-
den Arbeiterklasse, zu einem in den wirtschaftlichen und
politischen Kämpfen der Arbeiter unentbehrlichen
Instrument geworden. Bedeutsame und wichtige Auf-
gaben hat sie zu erfüllen. In grundsätzlichen und tat-
sächlichen Fragen des Sozialismus ist sie den Arbeitern
sicher und Berater: aufklärend, belehrend, ziel-
weisend legt sie Mittel und Wege zur

Befreiung der Arbeiterklasse

Har und vermittelt der Arbeiterklasse das zu diesem
Kampfe notwendige Rüstzeug und Wissen. Die Er-
füllung gerade dieser wichtigen Obliegenheit der sozial-
demokratischen Presse hat

das halbesche Volksblatt

stets für seine vornehmste Pflicht gehalten.
Kein wirtschaftliches, soziales, politisches oder wissen-
schaftliches Ereignis von Bedeutung ist vorübergegangen,
zu dem das Volksblatt nicht grundsätzlichen klaren Stellung
genommen hätte!

Nicht minder wichtig wie der Kampf, den die Arbeiter-
presse um die politischen Rechte und Interessen der
Arbeiterklasse führt, ist die Aufgabe, die ihr in den großen
und kleinen

gewerkschaftlichen Kämpfen

zufällt. Hier steht den von bessere Lebensbedin-
gungen fahenden oder von kapitalistischen Verrennmenschen
brutal ausgeperrten Arbeitern

nur die Arbeiterpresse

als energischer Wähler ihrer Interessen und unergründ-
licher Bereiter ihrer berechtigten Forderungen zur Seite!
Und das ist um so wichtiger in einer Zeit, wo die kapitali-
stischen Schatzmacher wieder wie besessenen nach

neuen Schutzgesetzen gegen die Arbeiter

schreiten. Ihr inbrünstiges Sehnen ist auf die
völlige Vernichtung des Vereinsrechts der Arbeiter
gerichtet. Keine bessere Abwehr gegen die schwarzen Pläne
der Schatzmacher als die Arbeiterpresse!

Gedäch und Schande über die Arbeiter, die alles das
wissen und trotzdem noch nicht Abonnement eines Arbeiter-
blattes finden oder gar noch die kapitalistische oder Gene-
ralanzeigerpresse lesen! Der Arbeiter, der das
tut, begeht ein Verbrechen an sich und seiner Klasse! Denn
er fördert und unterstützt die Interessen, meht und stärkt
die Macht seiner Feinde und Gegner!

Eine bürgerlich-kapitalistische Zeitung ist
geschichtlich ein Unternehmen, das einem einzelnen
oder mehreren Kapitalisten (Kriegsgesellschaft) möglichst
hohen Profit abwerfen soll, und das politisch
Interessen, Zwecken und Bestrebungen einer be-
stimmten bürgerlich-kapitalistischen
Partei dienlich ist. Das gleiche gilt von der so-
genannten „unparteiischen“ Generalanzeiger-
presse, nur daß bei ihr noch die

politische Charakterlosigkeit

hinzukommt! Feind und Gegner der Ar-
beiterklasse und ihrer Bestrebungen ist
die gesamte bürgerlich-kapitalistische Presse ohne Aus-
nahme — wo die Klasseninteressen von Kapital
und Arbeit zusammenstoßen, da ist sie einmütig in der

Bekämpfung der Arbeiter.

Frei und unabhängig von allen kapitalistischen Ein-
flüssen ist nur die sozialdemokratische Ar-
beiterpresse. Eigentum der Arbeiterklasse, von ihr
kontrolliert und geleitet, kann nur sie allein Ar-
beiterrechte und -forderungen wirklich und tatkräftig
verteidigen und wahren. Sie kann das um so erfolgreicher,
je größer die Zahl ihrer Abonnenten und Leser ist. Von
dieser Erkenntnis geleitet, sollte jeder Arbeiter

Abonnent und Leser des Volksblattes
sein und unablässig und unermüdet neue Leser für
es werben.
Arbeiter! Was ihr für eure Presse tut, das tut ihr für
euch! Wirkt in diesem Sinne!

**Werbt dem Volksblatt neue Leser!
Neue Streiter dem Sozialismus!**

Preussisches System.

Mit Recht hat der Vorwärts dieser Tage zum Ausdruck ge-
bracht, daß die heftigen Zusammenstöße in preu-
ßischen Dreiklassenhaufe keineswegs auf die persön-
lichen Eigenschaften unserer sechs Abgeordneten zurückzuführen
sind, auch nicht auf die mehr oder minder große Geschicklichkeit
des jetzt verstorbenen Reichstagenpräsidenten v. Gersdorff, sondern auf die
neue Zeit, welche die Parteienpartei nach dem Ausfall der
letzten Reichstagswahl befolgt. Man denke nur die folgenden
Tatsachen. Gegen Ende Januar fanden die Stichwahlen statt,
die den Einzug von 110 Sozialdemokraten in den Reichstag ent-
schieden. Und schon am 1. Februar hielt im preussischen Landtag
der Junker v. Gernig ein Rede, worin er mit Bezug auf
das preussische Wahlrecht sagte: es sei um so notwendiger, daran
festzuhalten.

„Je toller sich die Zustände nach demokratischer Sinnficht im
Reiche entwickeln; um so notwendiger brauchen wir in der
Wahlfrage das Gegengewicht des preussischen Staates.“
Wenn die eine Wahlfähigkeit so schwer befohlen wird, dann müssen
wir auf der anderen Seite ein Gegengewicht suchen, und das
suchen wir in Preußen, nicht bloß in der Richtung des Wahl-
rechts, sondern auch in vielen anderen Richtungen.“

Das war die unverblühte Antikindung, daß die Junker,
weil ihnen der Ausfall der Reichstagswahl nicht
paßte, nimmte verstanden würden, das Reich von Preußen aus
zu regieren. Und nun kommt die Hauptfrage: in den wenigen
Monaten, die seitdem verfloßen sind, hat die preussische Re-
gierung bereits zwei Gesetze gemacht, die in die Kompetenz des
Reiches eingreifen, und der Landtag hat sie auch angenommen;
das Gesetz gegen die Arbeitervereine und das so-
zialistische Wahlrecht. Es liegt also schon in der
Sache. Mit voller Sicherheit und vollem Vorbedacht will man jetzt
Gesetze, auf deren Annahme im Reichstag nicht zu rechnen ist,
vermöge des preussischen Dreiklassenhaufe und seines Herren-
hauses durchsetzen. Von diesem Standpunkt aus muß man den
Widerstand unserer sechs Abgeordneten beurteilen, und von
diesem Standpunkt ist auch erst zu verstehen, warum die ge-
samte bürgerliche Presse mit so gedankloser Gefühlsintensität
die Legende verbreitet, als sei es nur die äußere Form des Be-
nehmens unserer Sache, die den Gegnern nicht gefalle.

Man kann man ja von einer eigentlichen Systemänderung
nicht sprechen, denn auch früher schon hat der preussische Staat
für gewisse Teile mit der erforderlichen Genauigkeit an den
Grundhalt gehalten, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Die
gesamte Kolonialgesetzgebung gegen das Reichsrecht. Neu aber
ist die planmäßige Abkehr vom Reichsrecht, in die man jetzt
offenbar einlenken will. Und von diesem Gesichtspunkte aus
verdient das Gesetz gegen die Arbeitervereine sowie die darüber ge-
pflogenen Verhandlungen noch nachdrücklich eine Betrachtung.

Ob gegen Leute, die aus Arbeitslose ihre Familien darben
lassen und der Gemeinde Armenkosten verursachen, überhaupt
schärfer vorgegangen werden soll, darüber kann man ja ver-
schiedenere Meinung sein. Wir Sozialdemokraten sind nicht
dafür, sofern es nicht ein dringendes Bedürfnis zu weitgehender
Entziehung der persönlichen Freiheit nicht nachgewiesen ist,
sowie meist es kaum möglich ist, das Gesetz so zu fassen, daß
es auch die reich an Arbeitstheuren trifft; drittens weil eine
Erfahrung von 70 Jahren zeigt, daß mit Strenge hier über-
haupt nichts auszurichten ist. Doch soll und das heute nicht
beschäftigen. Wenn man durchaus meint, daß die bestehenden
gesetzlichen Vorschriften nicht genügen und einer Verschärfung
bedürfen, so war der rechtsmäßige Weg klar gegeben: der Reichs-
tagler mußte dem Reichstag ein solches Gesetz vorlegen. Es
soll auch ziemlich zweifellos, daß der Reichstag es angenommen
hätte, denn dort stehen immer noch 100 bürgerliche Abgeordnete
gegen 110 Sozialdemokraten. Und der berühmte Reichsrechtler
Professor v. Bitt, der zugleich Mitglied des Reichstags und des
preussischen Abgeordnetenhauses ist, hat am 21. Mai eindrucklich
dargelegt, daß nicht die geringste Aussicht dazu bestehe, um solche
Verschärfungen des Strafgesetzes im Reichstag durchzuführen.
Ja noch mehr, er teilte mit, daß der Vorentwurf zum neuen
Strafgesetz, der doch auch auf Annahme im Reichstag rechnet,
schon solche Strafverschärfungen enthält. „Ich behaupte also“,
sagte Professor v. Bitt, „es ist mir gar nicht möglich, die Frei-
heit möglich, die Strafbestimmungen so zu ändern, daß sie allen Er-
fordernissen vollkommen entsprechen.“

Wenn trotzdem die preussischen Gesetzgeber einen so eklatanten
Einbruch in die Rechte des Reichs gewagt haben, so kann der
Grund nicht darin liegen, daß sie eine Abmilderung der Straf-
verschärfung durch den Reichstag befürchteten. Wo liegt er
dann? Nun, das Gesetz, wie es jetzt zustande gekommen ist,
enthält außer der Strafverschärfung noch eine sehr wichtige
Neuerung: die Entziehung darüber, ob jemand ins Arbeits-
haus kommen soll, hat nicht der Richter, sondern ein Kollegium
von vier in die Angelegenheit. Eine Annäherung an
russische Zustände nannte das unser Fraktionschef bei der
ersten Lesung des Gesetzes, und das allerdings hätte der jetzige
Reichstag wohl unter keinen Umständen gutgeheißen. Was das
aber zu bedeuten hat, das mögen folgende Worte aus der Rede
des nationalliberalen Landgerichtsdirektors Wolsky zeigen.
Dieser seit langen Jahren als Strafrichter tätige Herr
sagte u. a.:

„Sind denn die Vorschriften des Gesetzes über das Ver-
fahren vor den Verwaltungsgerichten und vor entfernt ein-
gerichtet auf ein Verfahren gegen jemand, dem eine lebens-
längliche oder auch nur eine langdauernde Einweisung

droht? ... Hier ist kein Armenrecht gegeben, hier wird dem
Betreffenden kein Anwalt zugeordnet, der für ihn seine Rechte
wahrnehmen kann, nicht einmal ein mittlerer Beamter wird
ihm als Beistand zugeordnet. Vollkommen fremd sieht er
diesem Verfahren gegenüber, er weiß nicht, was er in dieser
Sache machen soll, und wird nun ins Arbeitshaus abgeführt.
— Wer urteilt im Arbeitsauschuss? Sind das
rechtskundige Personen? Der Landrat wird im allgemeinen
wohl Rechtskenntnisse haben. Wer sehr häufig ist er ver-
ständlich, hier überhaupt ungenügend. Denn teilt der erste
Kreisbesitzer an seine Stelle, weiß ein Amtsbefehliger
oder Rittergutsbesitzer. Wer sind die anderen
Herren, die mitwirken? In den meisten ländlichen Kreisen
Bürgermeister, Landbürgermeister von kleinen Landstädten,
keine Gutbesitzer und dergleichen. ... Wenn ein
Kind, welches ein Verbrechen begangen hat, in Zwangs-
erziehung gebracht werden soll, dann tritt ein gerichtliches
Verfahren ein. Hier sind alle Rechtsmittel der Beratung und
der Revision gegeben. ... Und hier, wo es sich darum handelt,
daß erwachsene Personen im Arbeitshaus untergebracht, also
in der für die Arbeiter Weise behandelt werden sollen, da
sollen mit einem Male die Verwaltungsbefehle auf dem
Lande viel geeigneter sein, das zu finden, was recht ist.“

Also der Herr Landrat, dieser vollständig von der Re-
gierung abhängige Verwaltungsbefehl, im Verein mit großen
und kleinen Gutbesitzern und mit Unterstützung der noch ab-
hängigeren Bürgermeister und Amtsbefehliger soll über die per-
sönliche Freiheit des Angeklagten urteilen! Dabei verfährt man
nicht, daß es sich im Grunde um reine Schuldbestimmungen
handelt. Die Gemeinde hat Geld aufzubringen für die Armen-
pflege der Familie, und der Mann soll das Geld zurückzahlen.
— In Gutbesitzern also zum Teil dieselben Personen, die das
Geld bezahlt haben —, ob der Mann ins Arbeitshaus soll das
ist in der Tat so ziemlich daselbe, wie die Schatzhaft ver-
gangener Zeiten. Oder noch schlimmer, es ist eine Art Schuld-
fineschenschaft, weil ja der Mann die Schuld gewissermaßen
arbeiten soll!

Man tröste sich auch nicht damit, daß das Gesetz ja nur die
Arbeitslosen, also den Auswurf der Menschheit treffe. Denn
auf die direkte Frage eines Abgeordneten, ob das Gesetz auch
gegen streikende und ausgeperrte Arbeiter angewandt werden
sollte, ist die Regierung die Antwort schuldig ge-
blieben! Bekannt ist ja dies nur der Anfang. Mit der-
selben Gefühlsintensität im Auslegen kann der preussische Staat
auch jedes andere Reichsgesetz umgehen. Und darin liegt die
ungeheure Wichtigkeit der Sache. Soll es den preussischen
Junkern freistehen, trotz aller verbieten und verteilten Ge-
setze des Reichs nach ihrem Willen und gegen den klaren
Willen des Volkes mittelalterliche Zustände wieder einzuführen?
Darum handelt es sich. Und gegen diesen neuen
Preussentum mit allen Mitteln zu kämpfen, ist die wichtigste
politische Aufgabe der nächsten
Zukunft!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 25. Juni 1912.

Wann kommt die Weissteuer?

Der Reichstag hat zwar als den spätesten Zeitpunkt für die
Einbringung der Gesetzesvorlage für eine allgemeine Weis-
steuer den 30. April 1913 gewählt. Aber es sieht nicht so aus,
als ob sich die gegebenen Anzeichen beileben, diesem Ver-
langen des Reichstags nachzukommen. Das Gegenteil kann
man annehmen, wenn offenbar gut unterrichtete Blätter jetzt
mitteilen, daß die Aufstellung eines Gesetzentwurfs zunächst
sehr eingehende Beratungen mit den Finanzministern der
Bundesstaaten vorausgehen müßten. Diese könnten aber
naturgemäß während der Sommerpause, in der auch die Ver-
treter der Einzelstaaten im Bundesrat in ihrer Mehrzahl
von Berlin abwesend sind, weder stattfinden, noch erfolgreicher
vorbereitet werden. Vor dem Herbst werde also eine Be-
stimmung der Bundesregierung mit dem Reichstagsamt
über die Grundzüge der Vorlage nicht zu erwarten sein. So-
bald diese erreicht sei, beginne die Aufstellung des Ge-
setzentwurfs, zu dem nach seiner Fertigstellung naturgemäß
auch der preussische Staatsminister noch Stellung zu nehmen
habe. Dann schließe sich die Einbringung im Bundesrat und
die eingehende Durchberatung in seinen Ausschüssen. Diese
Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß die Vorlegung
des Gesetzentwurfs für eine allgemeine Weissteuer im Reichs-
tag erst in den Wintermonaten erfolgen könne. —
Wenn es sich um die Vesterung des Reiches handelt, da
läßt man sich gemächlich Zeit — wenn der Reichstag neue
Militär- und Marineforderungen bewilligen soll,
da hat die Regierung ganz andere Eile!

Vom „liberalen“ Vereinsgesetz.

Auf dem sehr geräumigen Sofa des Geschäftsbüros unseres
Deutscher Parteiorgans, der Arbeiterzeitung, am
Sonntag, eine Ver-

seiner Militärzeit hat er einige Kleinigkeiten und wurde deswegen wegen Diebstahls im Wärfalle, zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Am 1. Mai 1911, nach Verurteilung der Gefängnisstrafe, wurde er fahnenflüchtig und trieb sich bis im September in Nordbarmen, Baden und Sachsen herum, auch war er in Straßburg und Nancy. — Ablebung und sonstige Lebensbedürfnisse verschaffte er sich durch Einbrüche, seine Beute war nie groß. Im September 1911 wurde er in Hof festgenommen, wobei er auf die Schulden drei Schreckschüsse abgab. Der Arzt Franz Schmidt, wurde er nach Nürnberg ins kaiserliche Krankenhaus verbracht. Dort sprang er nachts ins kaiserliche Hof und entkam. Nach jezt verschaffte sich er wieder Lebensbedürfnisse durch Einbrüche. Im November vorigen Jahres wurde er in einer Wachtzelle im Baldfass in der nördlichen Oberpfalz schlafen überführt und festgenommen.

Der Anklagereichter beantragte wegen schweren Diebstahls im Wärfalle und wegen Zeitstrafverurteilung in Einzelstrafen nicht weniger als 66 Jahre acht Monate Gefängnis und bildet daraus die höchst zulässige Gesamtstrafe von 15 Jahren Gefängnis.

Urteil: am 1. Juli 1911, zehn Jahre Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung und verwies auf die Freisprechung der Fürstin Irene, auch weil sie ein Kleptomane, denn er stahl viele Dinge, die für ihn nicht den geringsten Wert hatten!

Der tägliche Spionageprozeß. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann Montag der Landesratsprozeß gegen den Bismarck'schen Kaufmann und Angewandten Wilhelm Lichtenberger aus Mannheim. Lichtenberger soll den Versuch gemacht haben, sich zu Verleumdungen ein Signalbuch der kaiserlichen Marine und das neueste Artilleriegeschütz zu verschaffen. — Die Verteidigung war auf Antrag des Reichsanwalts während der ganzen Dauer der Verhandlung natürlich ausgeschlossen. Das Reichsgericht verurteilte Lichtenberger wegen verübten Verbrodens gegen das Spionagegesetz zu vier Jahren Gefängnis, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Vom Schwurgericht in Welfort (Frankreich) wurde der Schüler der Rabattenanfälle Groß-Viehzieher, Arthur Kipp, wegen Spionage zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Franc Geldstrafe verurteilt.

Portugal.

Die Straßenkämpfe in Lissabon. Die Londoner Morgenblätter vom Montage bringen Schilderungen von den bereits gemeldeten Unruhen in Lissabon, die die dortigen Zustände wenig von einer Revolution verschiednen erscheinen lassen. Um die englischen Gesellschaften gehörigen Straßbahnhöfen zu schützen, wurden ganze Regimenter aufgestellt. Starke Kavallerieabteilungen begleiteten fast jeden Wagen, trotzdem verhielten die streikenden Eisenbahner, sich ihrer zu bemächtigen, aber die Kavallerie ritt alles nieder. Später hielten die Streikenden eine Massenversammlung im Freien ab, Polizisten mit gezogenen Säbeln suchten die Menge zu „zerstreuen“, und es kam zu einem allgemeinen Kampf, in dem von beiden Seiten mit Revolvern geschossen wurde. Pflüchtlagen mitten auf dem Schiffsdecks fünf Bomben mit gewaltigen Getöse. Abteilungen der republikanischen Gards und der Kavallerie eilten herbei und bezichtigten die wütenden Volksmassen. Die Behörden geben an, daß zwei Personen getötet und dreißig verwundet wurden. Dazu bemerkt der Korrespondent der Daily News, daß diese Ziffern unmöglich wahr sein könnten, die Sterblichkeit müßte viel größer sein.

Sürkei.

Neuernde Soldaten. Das italienische Blatt Corriere d'Italia berichtet aus Salomiti, daß eine große Meuterei unter der Befehlung der türkischen Garnison in Coriça ausgebrochen ist. Die Soldaten sollen den Vorgesetzten verweigert haben, deren Befehle nachzukommen. Schließlich nahmen die Aufreiter eine drohende Haltung ein und gaben mehrere Schüsse auf den Obersten ab, der jedoch nicht getroffen wurde. Die Offiziere, die nicht in der Lage waren, energischen Widerstand zu leisten, versprachen schließlich den Soldaten, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, bis Verstärkungen in Coriça eingetroffen waren. Die „Ordnung“ ist bisher noch nicht wieder hergestellt.

Die seit einigen Tagen in Konstantinopel verbreiteten Gerüchte, daß wegen Meuterei von Offizieren und Mannschaften der Flotte, welche ohne Befehl gegen die italienische Flotte ausfahren wollten, zehn Offiziere zum Tode verurteilt worden seien, sind anscheinend richtig. Es herrscht die Einbildung vor, daß die Flotte vor der Ausführung des Urteils zurückschreckt, da es bisher noch nicht zur Exekution unterbreitet worden ist.

Amerika.

Der Kampf um die Präsidentschaft hat mit der Aufstellung Tafts als Präsidentschaftskandidat nun erst recht begonnen. Die Niederlage Teddy Roosevelts hat zu einer Spaltung der alten republikanischen Partei geführt, und der „Austreiter“ übertrug sich von der neuen „fortschrittlichen“ republikanischen Partei auf den Schild heben lassen. Die neue Partei Roosevelts wurde am Montag nachts in Chicago in aller Form gegründet. Nach der Konvention Tafts und dem Schluß des regulären Konvents markierten 250 Rooseveltsdelegierten vom Coliseum nach der benachbarten Orchester-Hall, vor welcher sich eine enorme Menschenmenge drängte. Die Halle war sofort gefüllt und zehnminütige begeisterten verberlich Einlaß. Als Roosevelt kurz vor Mitternacht erschien, setzte eine halbthündige lebende Demonstration ein, die mit der Aufstellung Roosevelts als Kandidat der neuen Partei endete. Roosevelt erklärte in begeisterter Rede, daß er bereit sei, an die Spitze der neuen Partei zu treten. Die Wirkung der Parteiparteilung ist heute noch gar nicht abzusehen. Sie schädigt zunächst Tafts ohnehin wenig aussichtsreiche Kandidatur und vermehrt besonders die Aussichten der Demokraten.

Alle großen New Yorker Zeitungen wenden sich gegen die neue Partei und Roosevelts und sein Vorgehen. — Da es in Amerika üblich ist, daß jede Vereinigung den Namen irgendeines großen oder kleinen Helden als besondere Bezeichnung führt, so hat sich auch die neue Partei einen solchen ausgesucht. Sie nennt sich großartig und heißt Bull Moose — Elefant und Roosevelts hat ihr als Motto das steinste Gebot gewählt: Du sollst nicht stehlen! An dieses Ausgangswort wird sich natürlich auch in der neuen Partei niemand halten, denn alle kapitalistischen Parteien Amerikas wetteifern untereinander — gegen dieses Gebot!

Selbstverständlich spekuliert der ehrgeizige Politiker und gereizte Demagoge Roosevelts auf das Gefühl, um nicht zu sagen: Inverstand der großen Masse, die er glaubt, mit einigen liberal schillernden Phrasen für sich einzufangen zu können. Darauf will er auch sein Programm anlegen. Es soll, wie es heißt, „von Grund aus fortschrittlich“ sein. Es wird in ihm verlangt, daß die Regierung wieder in die Hände des Volkes übergeben sollte, statt in den Händen einiger weniger bevorzugter Personen zu bleiben. Es wird sich für das Stimrecht der Frauen auszusprechen, für die Primärwahlen für die Präsidentschaft, direkte Wahl der Senatoren, Tarifrevision unter Leitung des Tarifamts, Kontrolle der Trusts durch eine nationale Kommission und Revision und straffere Handhabung der Geldumlaufgesetze ohne Zentralisierung des Credits, die als unumgänglich für den Abbruch des Entwurfs eines Geldumlaufgesetzes angesehen wird.

Auf dem Papier nimmt sich das alles recht hübsch aus. Aber in der Praxis kommt es auf eins hinaus, ob Taft oder Roosevelts zum Präsidenten gewählt wird. Während seiner früheren Präsidentschaft hat der große Teddy die Trusts gleichfalls nur mit dem — Munde bekämpft. Wahre Freiheit kann auch dem amerikanischen Volke nur der Sozialismus bringen!

Die Kämpfe in der demokratischen Partei. Bryan und der Bürgermeister von New York Gaynor sind die hauptsächlichsten Kandidaten für die Abstimmung der demokratischen Partei. Man erwartet es als sicher, daß zwischen den Konföderativen und den Fortschrittlichen der Partei ein bestiger Kampf stattfinden wird, und daß die Konvention in Wallimore über eine Anzahl Wahlvereinbarungen zu entscheiden haben wird. Der demokratische Parteitag zählt 1000 Abgeordnete.

Morocco.

Was die französischen Expeditionen kosten. Der französische Unterstaatssekretär Genon, der Berichtshalter des Budgets ist, hat folgende Aufstellung über Marokko gemacht: Die Kredite, welche Frankreich für die marokkanischen Expeditionen von 1907—1911 gewährt worden sind, belaufen sich auf 122 Millionen Franc. Wenn man dazu noch die Ausgaben der Minister des Aeußeren und der Marine rechnet, so kommt man zu der Gesamtsumme von 140 Millionen.

London, 25 Juni. Daily Telegraph meldet aus Tanger: Nachrichten, die aus Fez eingetroffen sind, belagen, daß der Weg nach Tanger frei ist, da die Kolonne des Generals Gourant die aufständischen Marokkanerstämme zurückgeworfen hat. Nichtsdestoweniger dauern in der Umgegend der Hauptstadt die Angriffe der Araber fort. Die Stadt Bezze ist von neuem durch die Vergewaltigung bedroht.

China.

Die Lage in China ist unverbändert. Der Kampf der politischen Parteien, sich die Spitze des Kabinetts zu sichern, dauert heftig fort. Es scheint, als ob die Macht der extremen republikanischen Partei gebrochen ist und die Stärke des konservativen Elements zunimmt. Der Präsident der Republik, der über einen mächtigen Einfluß verfügt, könnte den Sieg für die gemäßigten Parteien herbeiführen, doch würde er dann Gefahr laufen, das Kompromiß zu schließen, welches zwischen dem Norden und Süden zustande gekommen ist, und würde daher der separatistischen Bewegung in Kanton Vorzug

leiten. Das Land ist vollkommen ruhig. Wenn man von einigen Meutereien abliest, welche sich ba und dort ereignen, kann man nur bestatigen, daß das republikanische Regime zu Hause gut gefaßt hat. Voraussichtlich 24. Juni. Die voraussichtliche Landeszeitung meldet aus Berlin: Von dem deutsch-französischen Gesandten sind aus Tientsin insgesamt drei Kanonenboote zum Schutze der Deutschen nach Kanton abgedampft.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Die russische Duma wird durch einen Erlaß des Zaren aufgelöst und neuwahlen ausgeschrieben. Die beleidigte Majestät. Gegen den österreichischen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Genossen Pöschel hat das Polizeiministerium in Prag eine richt. D. H. zu Strafsache wegen „Reichsfeindschaft“ erlassen, die Pöschel bei einer Sonntag auch stattgefunden aber polizeilich aufgelösten sozialdemokratischen Versammlung begeben haben soll.

Aus der Partei.

Vom Parteivorstand.

Von den Parteimitgliedern, die bei dem Unterzeichneten im Monat Mai eingingen, verzeichnen wir die folgenden: Duisburg-Wülheim 3. Cu. 747.18, 18. hannov. Ar. 3. Cu. 404.40, Köln Stadt und Land 3. Cu. 181.08, Altkirch-Thann 3. Cu. 18.08, Darmstadt-Gr. Ger. 3. Cu. 524.97, Hamburg f. Binnenverkehr 86.30, Ralau-Zudau 3. Cu. 276.88, Orléans-Dalberstadt, 1. und 2. Cu. 998.59, 2. f. Ar. a. Ionto 1000, Goldberg-Reigny 851.08, Breslau-Land 423.44, Ober-Sachsen 3. Cu. 135.04, 8. u. 10. f. Ar. a. Ionto 3. Cu. 2385.—, Danau-Gelnhausen 3. Cu. 1925.08, Echingen 5. mütt. Ar. 3. Cu. 644.45, Danau-Gelnhausen West v. 3. Cu. 250.—, Gerau-Nord 3. Cu. 404.52, Stenbal-Osternburg 3. Cu. 190.00, Hirschheim-Durlach 2. Cu. 545.32, Oldenburg 1. Cu. 232.—, Potsdam-Dahlembelland 3. Cu. 502.56, Schleswig-Oberniederr. 3. Cu. 202.72, Dessau-Zerbst 2. Cu. 718.05, Hannover a. Ionto 3. Cu. 3000.—, Wolmirstedt-Neuhaldensleben 3. Cu. 371.56, Tansig-Stadt 279.86, Landsberg-Goldin 304.90, Brandenburg-Weißhellen 3. Cu. 807.98, Bochum-Gelsenkirchen 3. Cu. 1964.65, Bz. Oberingensfeld 1. f. Ar. 3. Cu. (Waldenburg 513.18, Gieselsberg 161.81, Reichenbach-Neuerde 306.12, Cricqueau-Schneidmühl 450.27, Landesut-Neuerde 177.80), Sa. 1608.48, Gannstadt 3. Cu. 1158.87, Markstraße-Bruchal 3. Cu. 483.54, Hirschheim-Durlach 602.75, Frankfurt a. M. 3. Cu. 2048.—, Altenburg S.-M. 8766.24, Chemnitz 16. f. Ar. a. Ionto 3000.—, Wurgens-Dschau 11. f. Ar. 3. Cu. 400.—, Lübeck 3. Cu. 1064.50, 14. f. Ar. 500.—, Neberich b. Borsw. pr. 1. Cu. 1912: 54155.10, Berlin, Dr. L. A. 100.—, Witten 1. u. 2. Cu. 3394.68, Widoth 149.52, Hugsburg 298.50, Zimmertal 187.30, Regensburg 191.32, Braunshweig 1. Ar. 3. Cu. 1358.08, Geln 198.08, Berlin, A. 3. 50.—, B. 3. 50.—, Schwaburg-Sonberhausen 3. Cu. 195.72, 11. Mütt. Ar. 3. Cu. 925.8, Gr.-Berlin a. Ionto (seiner 8 Bahntreife 15 000.—, Rothb.-Spremburg 3. Cu. 891.14, Berlin, Juni 1912.

Für den Parteivorstand:

J. W. Otto Braun, Lindenstr. 8.

Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerlich, H. Oberl, O. Braun, Berlin, Lindenstraße 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und erlauben daher dringend, alle Geldbewegungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postfachamt Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingekassiert werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Landesparteiung für Sachsen-Altenburg.

Am 22. und 23. Juni wurde in Schmölln der Landesparteiung der sozialdemokratischen Partei Sachsen-Altenburgs abgehalten. Die Beschlüsse wurde die Errichtung eines Parteisekretariats für Sachsen-Altenburg. Zur Auffrischung der Mittel für das Sekretariat soll der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. erhöht werden.

Eine längere Aussprache rief der unbefriedigende Verlauf der diesjährigen Meißner hervor. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der Landesparteiung ist der Ansicht, daß die Meißner als eine demonstrative Manifestation des Proletariats zu betrachten und aufrecht zu erhalten ist. Bei Veranstaltung der Meißner haben sich die Parteimitglieder mit den Gewerkschaftsinstanzen alljährlich in Verbindung zu legen und dahin zu wirken, daß in Zukunft der Charakter der Meißner nach jeder Richtung hin in würdiger Form gewahrt wird.“

Es unbefriedigend wie der Verlauf der Meißner wurde auch der Verlauf des Frauentages bargefellt. Eine Resolution erklärt es als Pflicht aller Parteibereine, unter den Frauen, mehr als bisher gesehen ist, agitatorisch zu wirken und dafür Sorge zu tragen, daß die alljährlich stattfindenden Frauentage zu wichtigen Demonstrationen gestaltet werden.

Zum Vorsitzenden der Landesorganisation wurde wiederum Genosse Schumacher-Altenburg gewählt.

Die bekannte Sensation
für
Halle a. S.,
unser
Grosser Inventur-Ausverkauf
beginnt Montag den 1. Juli.
J. LEWIN
Halle a. Saale. Marktplatz 2 u. 3.

Erstklassige Qualitäten. Auffallende Preisermässigungen. Tausendfache Auswahl.

Preussische Regierung und Geburtenrückgang.

Das preussische Ministerium des Innern hat auf Grund der jüngsten Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik einen Antrag an die Regierungspräsidenten gerichtet, worin sie zu Erhebungen über die Ursachen des Geburtenrückgangs in Preußen angefordert werden. Nach Einlegung der Berichte der Regierungspräsidenten wird das Ministerium über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenziffer beschließen.

Interessant ist auch die Bevölkerungsabnahme, die von der Zentralabteilung des preussischen Ministeriums des Innern bearbeitete Bericht über das Gesundheitswesen des preussischen Staates. Nach diesem Bericht ist die Gesamtsterblichkeit in Preußen mit 18,2 Todesfällen auf 1000 Einwohner auf die bisher niedrige Ziffer gesunken. Dagegen hat die Geburtenziffer nur mit 30,83 Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner noch weiter als in früheren Jahren abgenommen. Die Volksvermehrung war jedoch mit 581,65 wiederum höher als in den Vorjahren. Erdboden der Geburtenrückgang! Das Jahr 1910 zeigt gegen 1909 eine absolute Abnahme von 30,41 Geborenen. Im Jahre 1901 kamen noch 36,92 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner, im Jahre 1910 nur noch 30,83. In dieser Reihe von Jahren ist es, abgesehen von einer Unterbrechung durch eine fröhliche Aufwärtsbewegung 1904 und einem kleinen Aufstieg 1906, mit dem Progressen der Geburtenziffer stetig abgegangen. Auch für das Deutsche Reich ist ein ähnliches allgemeines Geburtenrückgang festgestellt worden. Auf 1000 Einwohner fielen hier 1876: 42,6; 1890: 38,3; 1907: 33,2; 1910: 30,7 Geburten. Im Jahre 1910 machte sich zudem nicht bloß ein prozentueller, sondern absoluter Rückgang der Geburten im Deutschen Reich bemerkbar, indem die Zahl der Geburten diesmal zum ersten mal seit 13 Jahren weniger als zwei Millionen betrug.

Die Sterblichkeitsziffer hat sich dagegen, wie schon gesagt, gebessert. 1875 ergab sich in Preußen noch eine Sterblichkeitsquote von 26,3 Personen auf 1000 Einwohner, für 1910 von nur noch 18,2. Entsprechende Zahlen für das Reich ergeben folgende absteigende Reihe: 1876: 29,3; 1881: 26,9; 1891: 24,7; 1906: 21,8; 1908: 19,0; 1910: 17,1. Zwar macht sich auch in den anderen Kulturstaaten ein Rückgang der Sterblichkeit bemerkbar, aber doch bei weitem nicht in so großem Maßstabe wie bei uns.

Zu dieser Statistik nimmt nun die offiziöse Nordd. Allg. Zeitung in ihrem Wochenrückblick Stellung. Sie bemerkt zu nächst zu dem Geburtenrückgang, daß die preussische Regierung die eingangs angeordneten Erhebungen angeordnet hat, und sagt dann weiter:

„Ohne den Ergebnisse der Untersuchungen vorzulegen zu wollen, lassen sich doch über die allgemeinen Ursachen des Geburtenrückganges in Preußen einige praktische Lebens einige Mutmaßungen hegen. In erster Linie dürfte das Problem sozialer, nicht physiologischer Natur sein. An eine einseitige Erziehung der Rasse zu denken, liegt feinerst Anknüpfungspunkt vor. Man hat ein soziales Gesetz formuliert, wonach steigender Wohlstand mit sinkender Geburtenziffer begleitet ist. Ebenso lehrt die gesellschaftliche Erfahrung, daß die höhere Zivildisziplin und Kultur den Drang des Individuums zu selbständiger und mächtiger unbenannter Entfaltung, und zwar häufig auf Kosten der Fortpflanzung hemmt. Das Anwachsen der Bevölkerung in der idealen Konkurrenz mit der zunehmenden Komplexität und Unsicherheit des Lebens mag dazu führen, den Jüngern der Familie als Last zu empfinden. Wir brauchen bloß einen Blick auf die Wohnungsverhältnisse der Großstädte zu werfen, in denen viele Haushalte aus Einkommern und Bequemlichkeit Kinderlosigkeit oder geringe Kinderzahl oft genug zur Voraussetzung der Abtötung des Mietskontraktes machen, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die hinderliche Familien bei dem engen Zusammenwohnen in den Städten auf sich ziehen. Auch die Erziehung der Kinder, dieses ebenso schwierige, wie mühsame soziale Problem, sicherlich in hervorragendem Maße auch an der Frage des Geburtenrückganges beteiligt. Allerdings beruht das sog. Zweifelhafte, wie es in Frankreich in so vorzüglicher Weise zum Ausdruck gekommen ist, nicht auf sozialen und ökonomischen, sondern auch auf ethischen und psychologischen Ursachen. Der viele zu betonen oder einzuführen wüßte, würde auch der Folgeerscheinung, der abtötlichen Kinderbeschränkung, erfordern zu Reihe gehen. Erfahrungsgemäß ist jedoch allgemein die Erziehung der Bevölkerung in Verbindung mit den doch immerhin beschränkten staatlichen Mitteln nicht leicht bestimmbar. Die Gefahr liegt nahe, daß nur auf Symptome kurieren, das Uebel aber nicht an der tieferliegenden Wurzel erfaßt wird. Ebenfalls aber dürfen sich für den Fall der drei oben genannten Abnehmungen als notwendig erweisen, solche demographische und soziale Natur und Folge der Bevölkerung und Völkergeschichte, wozu u. a. auch eine stärkere Heberziehung und mangelnder Anreizungen von Heilmitteln und eine lebensmäßige Propaganda gegen maßlosen Konsumen gehören dürfte. Die Statistik hat die Vermutung nahe, daß an dem Sinken der Geburtenziffer in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt. So tritt hier die Leutenot und die Abwanderung zum Lande in die Stadt in anderer Form als Bevölkerungsproblem wieder auf und die Zweckmäßigkeit, in Reihenfolge der inneren Reformen tritt auch hier in den Vordergrund. Mit die Großstädte aber wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinnützigen Bauwesen, Ausbesserung der Verkehrsmitel Mittel angeht. Das Volkswohlstand der Bevölkerung nicht bloß zu erhalten, sondern auch die Gesundheit der Bevölkerung seit 1906 eine fortwährende Verminderung erfahren hat.“

In der Verminderung der Sterblichkeitsziffer liegt das Regierungsorgan nur das Ergebnis der unentgeltlichen Bemühungen der Medizin, Hygiene und praktischen Spezialisten. Es sagt: Der Kampf gegen Krankheiten, der hygienischen Verbesserung der Städte, der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Krankenhäusern, den Fortschritten der Wissenschaft selber und nicht zuletzt der staatlichen Arbeiterfürsorge, die sich mehr und mehr auf vorgehende Maßnahmen gegen Krankheiten und Verletzungen der Arbeiter richtet, haben mir diese Wunder zu danken. ... Immerhin ist hier noch ein weites und reiches Arbeitsfeld gegeben. Die Säuglingssterblichkeit ist noch immer groß und bedarf noch weiterer umfassender und energischer Gegenmaßnahmen. ...“

Das Ranglerblatt hebt also die staatliche Arbeiterfürsorge als günstig für die Bevölkerungsbewegung hervor. Die Arbeiterfürsorge erfolgt aber auf Grund der sozialen Gesetzgebung, für die die Sozialdemokratie die treibende Kraft war und ist, während die Arbeiterfürsorge mehr oder weniger heilige Geister der staatlichen Arbeiterfürsorge sind. Die kulturfördernde Tätigkeit der Sozialdemokratie wird also hier einmal, wenn auch indirekt, offiziell anerkannt!

Das offiziöse Blatt hätte aber, wenn es offen und ehrlich hätte sein wollen, noch weiter gehen und in seiner Aufzählung vor allem die Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen anführen müssen. Wird nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Erhöhung der Löhne, durch die Verbesserung der Arbeits- und Wohnbedingungen, durch Unterlassungen bei Arbeitslosigkeit und Not, durch Ausfüllung über die sozialen Schäden von der Sterblichkeit in früheren Lebensjahren entgegengetreten? Aber auch hier finden wir Regierung und Unternehmern Arm in Arm gegen die Arbeiterkraft. Anstatt diese kulturfördernde Arbeiterbewegung nach Kräften zu unterstützen und zu pflegen, werden alle Hebel angelegt, um sie lauzulegen, ja um sie durch ein Zuchttausegesetz zu knebeln.

Aber freilich, um mehr Fortschritt für die moderne Arbeiterbewegung und ihre kulturfördernden Bestrebungen zu haben, da müßte die Regierung etwas mehr sein als der Verwaltungsausschuß der herrschenden Klassen!

Gewerkschaftliches.

Die Auspierung der Metallarbeiter in Hannover.

Auf Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zugestimmt hatte, bildeten beide Parteien eine allgemeine Verhandlungskommission, zu der je ein Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Berater hinzugezogen wurde. Die Arbeiter verbandigten sich, daß die Friedrich-Duncker'schen Gewerbevereine ein Mitglied zu der siebenköpfigen Arbeiterkommission stellen sollten, das auch die christlichen Gewerkschaften zu vertreten hat.

Am Sonnabend, den 22. d. M., vormittags begannen die Verhandlungen, und dehnten sich bis 3 1/2 Uhr nachmittags aus, ergeben aber keine Zugeständnisse der Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit. Die Arbeitervertreter mühten deshalb erklären, daß die Unternehmervorschlüsse kaum von den Arbeitern angenommen werden würden. Sie machten Gegenvorschlüsse, wonach die Arbeitszeit pro Woche noch eine halbe Stunde verkürzt wird. Die Unternehmer blieben auf 57 Stunden pro Woche bestehen. In der Lohnfrage scheint eine Verständigung möglich zu sein. Nach Beendigung der Verhandlung ordnete der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller am Sonnabend die Auspierung in den Bezirksverbänden Magdeburg und Halle a. S. an. Schätzungsweise sind in Magdeburg rund 7000 bis 8000 Personen ausgesperrt, in Hannover rund 7000 Personen.

Die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in Hannover nehmen im Laufe der Woche an dem Verhandlungsergebnisse teil. Die gewalttätige Störung des Wirtschaftslebens in der Provinz Hannover und Sachsen durch Schuld der Metallindustriellen wird längere Zeit andauern.

Der Streik der französischen Seeleute.

ist vollständig in Marseille, Gahr, Dünkirchen, Toulon und Gelle. Im Vorbezug ist die Mehrheit der Seeleute in Streik getreten. Der Streik dehnt sich auch auf die kleineren Häfen aus. Die Regierung war erig geneigt, den Unternehmern durch Bereitstellung von Mannschaften der Kriegsmarine zu Hilfe zu kommen. Die Furcht vor den politischen Konsequenzen, angeleitet der infolge der Wahlreform aufstehenden Mächten, hielt sie jedoch vor einer offenen Bartheilnahme zurück. Sie machte also den beiden Parteien einen Schiedsgerichtsbescheid, nach dem der Streik abgelehnt werden sollte. Im Jahre 1909 ist nämlich infolge des Streiks durch ministerielles Dekret ein parlamentares und obligatorisches Schiedsgericht verordnet worden. Das jedoch nicht funktionierte, weil die Seeleute, die darin eine Verkürzung ihres Koalitionsrechts erblickten, es ablehnten, dazu Delegierte zu bestimmen. Das Nationalkomitee der Förderung der Seeleute hat am Sonnabend an dem Vorschlag der Regierung Stellung genommen und ihn im Prinzip abgelehnt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß der Schiedspruch der Streikenden zur Ausführung gebracht wird. Auf die Frage des Ministers des Innern, ob die Arbeit sofort aufgenommen würde, wenn das Schiedsgericht zustande käme, erklärte die Delegierten, dazu noch keine Stellung genommen zu haben.

Die Unternehmer haben dem Vorschlag abgelehnt, auch weil die Seeleute sich dem obligatorischen Schiedsgericht nicht unterwerfen haben und weil sie den Schiedspruch der Streikenden zur Abmilderung unterbreiten wollten. Eine Gesellschaft, die Compagnie des Messageries Maritimes, hat das Schiedsgericht jedoch angenommen. Die Unternehmer in Paris haben sich bereits seit einigen Tagen mit dem Seeleuten geeinigt, ebenso einige kleinere Unternehmer in verschiedenen Häfen.

Die Regierung hat vorläufig beschließen, den Vorkosterstreik mit Algerien, Tunis und Korsika durch die Kriegsmarine zu bezorgen. Weitere Maßnahmen dürften noch bevorstehen. Wie jetzt ist die Lage des Streiks günstig.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Nachrichten, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Rezensionen und Besprechungen: Karl Vogt, Redaktion und Provinzialredaktion: Wilhelm Knochen, beide in Halle.

Druckerei der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 25. Juni 1912.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten hat wichtige Beschlüsse über den

Ausbau der Straßenbahn

gefaßt. Zunächst wurde das Projekt der Verlegung einer Straßenbahnlinie nach Büschdorf behandelt. Die wichtigsten Grundzüge dieser Vorlage haben wir getrennt bereits mitgeteilt. Der Etatsauschuß empfahl die Annahme des Vertrags mit Büschdorf.

Stadtver. Hölzle hielt eine mit Beifall aufgenommene Plebiszitfrage den Vertrag. Er meinte, man dürfe nicht auf 40 Jahre einen Vertrag abschließen, der den Betriebszweck festsetze. Die Stadt solle überhaupt nicht solche Verträge machen. Man wisse doch nicht, ob man in 30-40 Jahren für 10 Pfennig überhaupt noch eine solche Strecke fahren lassen könne. Der Oberbürgermeister erwiderte, er wandle sich wiederholt gegen diese Ausfälle, aber Herr Hölzle ließ sich nicht irreführen, er ging jetzt sogar soweit, zu fordern, daß die Stadt das Verbot auf alle Fälle der Straßenbahngesellschaft überlassen solle. Eine ganze Reihe Stadtverordneter wandte sich kurz gegen die Ansicht Hölzles, da sie meinten, daß die Elektrifizierung billiger, und so ein fünfzigjähriger Vertrag möglich sei, als eine Erhöhung des Fahrpreises. — Die Vorlage wurde schließlich nach einer längeren Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Sehr viel lebhafter war aber noch die Debatte über die Umlegung und Verlängerung und den Ausbau der Linien A und B. Die Stadtverordneten haben sich über dieses Projekt in der vorigen Sitzung schon eingehend unterhalten. Der wichtigste Anhalt der Magistratsvorlage, die 222.500 Mark Kosten erfordert, ist der folgende:

Der Magistrat empfindet im Interesse einer rationeller und besseren Abwicklung des Bahnwirtschafts, die Linie B (Bahnhof-Friedrichstraße-Krauß) zum Friedrichsplatz ab nicht mehr über Friedrichstraße und östlichen Mühlweg, sondern durch die Albrechtstraße nach der Bernburger Straße und von da durch den westlichen Mühlweg und die Burgstraße zu führen, dagegen die Linie A (Bahnhof-Marktplatz-Zoologischer Garten) vom Mühlweg ab durch die Bernburger- und Richard-Wagner-Straße und von dort aus nicht mehr durch die Triftstraße, sondern zunächst weiter durch die Richard-Wagner-Straße was dann durch die Gr. Brunnenstraße zu führen. Ferner ist unbedingt notwendig, den einseitigen Betrieb in dem zwischen Gr. Brunnen- und Albrechtstraße gelegenen Teil der Burgstraße durch einen zweigleisigen zu ersetzen, einen solchen auch in der Seebener Straße zwischen Mittelriedstraße und Angewies herzustellen und außerdem noch vor der Saalkreisbrauerei und dem Zoologischen Garten ein drittes Gleis zur Aufstellung von Sonderwagen einzubauen.

Der Bau- und Finanzausschuß haben gemeinsam die Ablehnung des in der Vorlage gemachten Vorschlages auf Umlegung der Linie Friedrichstraße-Bernburgerstraße empfohlen. Sie sind der Ansicht, daß die alte Linie sich bewahrt habe, und deshalb durch die neue Linie unnötige Kosten entstehen würden.

Zu der Debatte über diese Angelegenheit war auf Vorschlag der Direktor des Elektrizitätswerkes, Herr Jung, eingeladen worden. Herr Direktor Jung betonte, daß der zweigleisige Ausbau der Straßenbahnen bringend nicht sei, um stets einen stollen ungeordneten Betrieb zu sichern. Herr Jung suchte nun eingehend nachzuweisen, daß die Linie Albrechtstraße-Bernburgerstraße viel besser als die Strecke Friedrichstraße-Mühlweg für den Ausbau der Bahn geeignet ist. Es würden eine Anzahl Weichen gespart, und das notwendige zweigleisige Ausbauen sowie das Fahren größerer Wagen würde an der Albrechtstraße-Mühlweg überhaupt nicht möglich sein. Ein besonderer Vorteil wäre noch, daß bei Umlegung der Linie in die Albrechtstraße endlich der Friedrichsplatz nicht mehr in der gefährlichen Weise von der Bahn durchfahren werde. Die Kosten der Umlegung seien keine außerordentlichen, da die Gleise in der oberen Friedrichstraße ohnehin auf Drängen der Aufsichtsbehörde vollständig erneuert werden müßten.

Stadtver. Paulsch sprach für diese Ansicht, da der Ausbau durch die Albrechtstraße auch einen rationelleren Betrieb und erheblich höhere Einnahmen bringen werde.

Die Stadtver. Schütze, Giese meinten, daß die Durchführung des zweigleisigen Betriebes nicht möglich sei wegen der Schwierigkeiten in der inneren Stadt. Dem schloß sich Herr Hölzle an, während die Stadtver. Gose, Güllemann und der Oberbürgermeister sich ausdrücklich für die Magistratsvorlage aussprachen.

Stadtver. Busche sprach noch gegen die Führung der Bahn durch die Brunnenstraße, gegen die er aus mancherlei Gründen Verboten hat.

Stadtver. Emmert erwiderte nochmals, daß der Magistrat den Hausbesitzern in der Gr. Brunnenstraße nach der Verlegung der Straßenbahn die Straßenausbaufkosten dadurch erlassen soll, daß er die Brunnenstraße für historisch erklärt.

Die ganze Vorlage wurde schließlich nach den Vorschlägen des Magistrats mit der Umlegung Friedrichstraße-Bernburgerstraße und Brunnenstraße angenommen.

Anlaß zu einer längeren Debatte gab dann noch die gestern von uns schon ausführlich mitgeteilte Vorlage über die

Erhöhung der Eintrittspreise des Stadttheaters.

Bekanntlich soll von jedem Besucher das Gerdertagegeld gleich mit dem Eintrittsgeld erhoben werden. Zweiteils will man die Preise für die weniger begüterten hinteren Plätze des 2. und 3. Rang sowie der Gallerie bei Vollbesetzung billiger gehalten als die Preise der übrigen Plätze. Und dritteils sollen die Tageskassapreise erhöht werden. Der Referent des Ausschusses, Stadtver. Vorges, führt dazu aus: Der Theaterdirektor hat in der vorigen Saison einen Verlust von 14.000 M. gehabt; allerdings liegen darin Verluste für das Orchester mit 7000 M. Der Rückgang ist veranlaßt durch die drückende Konkurrenz der Kinos. Die Hauptkosten trägt aber noch der „Besucher“, das man die Abonnementpreise im Vorjahre erhöhte, die Tageskassapreise aber beibehalten ließ. Dadurch wurde die Spannung zwischen Abonnement und Tages-

der Kasse. Die Beschlüsse des Hamburger Verkehrsvereins...
* **Ein verlorener Prozess der Stadt.** In der von der Stadtgemeinde Halle am 17. d. M. beschlossene Angelegenheit...
* **Streitliche Sachverhalte.** Ein rufender Arbeiter aus...
* **Freitag.** Heute vormittags 9 Uhr verurteilte eine ungefähre...
* **Schlechte Zeitverträge.** An der Ecke der Süds- und Streiberstraße...
* **Von der Straße.** Eine Gaslaterne wurde Montag früh...
* **Unfall bei der Arbeit.** Der in den weitesten Kreisen bekannte...
* **Fahrad Diebstahl.** Gestohlen sind am 19. d. M. ein...
* **Diebstahl.** Am 7. Juni ist einem durchreisenden Herrn...
* **Einbestellung.** Der hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde...

Aus der Provinz.

„Wir“ sind Deutschlands Jugend

Der bekannte Redner Gempnich, der in allen Kreisen unserer Provinz tief ist, um den „nationalen“ Jugendzettel in Schöpfung zu bringen, gibt förmlich in Raumburg zusammen mit den Herren Ernst Heinrich Böttger, Friedrich Wiegand eine Besprechung für nationale Jugendblätter heraus, die den folgenden Titel führt: Wir sind Deutschlands Jugend. Welcher Öffentlichkeit ist dieses sogenannte Jugendbildungsorgan befehligt, geht aus einer Darstellung hervor, die es über die künftigen Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhause bringt. In einer Anzahl unserer Staatsbürger steht es den jugendlichen Lesern wichtige Vorgänge des politischen Lebens in Gesprächen vor. Die Ereignisse im preussischen Dreiklassenhause werden folgendermaßen geschildert:

Wir sind Sozialdemokraten, wir sind Freunde des Reichs! Haller! Wir essen gern Schinken und Braten, und arbeiten tun wir nichts! Haller! Wir treten zu Boden, wer was tut und was hat. Ihre Hoffnung ist und bleibt auf dieser Welt der Zukunftstaat. (Nach dem Gesange erntet Rabau, Grillen und Weiten.) Franz: Was gibst denn da? Das ist ja fürchterlich! Friedrich: Sie spielen Landtag. Franz: Ungarisch? Friedrich: Nein, preussisch. Die wilden „Sachs“ rüden an, für doch! Franz: Was sollten die Kameraden doch nicht tun. So ein Scherz! Das ist ja wie in einer Tiermenagerie. Friedrich: So haben die es doch gemacht, Vorhänd, Leinert und Genossen - Franz: Wenn auch, Etwas bössliches soll man nicht nachmachen. Friedrich: Es hat seinen Grund. Franz: Weshen? Friedrich: Spione sind wieder da. Jollinski mit drei „Freunden“. Als hätte. Demen wollen sie die Komodie vorführen. Hör doch, wie Müller Franz brüllt: Genial! Genial! - Jetzt ist ebenfalls der Schumann bei der Arbeit. Hoffentlich besetzt er den Melancthonischen das Feld gehörig, damit Jollinski gleich nach der Meinung über den Schanzl erkräftet. Was sich die sechs Kerle einbilden, als ob sie die allein Verursachen müßten, die Tätigkeit eines ganzen Landtages aufzulösen. Staatsbürgerliche Schwachsin. Franz: Und diese Leute beanspruchen im Staatsleben gleiches Recht für alle! Friedrich: Ihrem Vernehmen nach müßte für sie eine vierte oder gar fünfte Wählerklasse eingerichtet werden. („Sechs Kameraden, darunter Müller Franz, betreten den Raum.) Franz: Nun, was sollt ihr? Müller Franz: Wir sind die rausgeschlagenen wilden Sachs. Wir halten die Absicht, den Landtag zu vergetteln. Es ist uns aber nicht gelungen. Friedrich: Seht ihr, wehret euch wie anständige Staatsbürger, denn könnt ihr auch Anspruch machen auf Anerkennung eurer Forderungen. Mit Waiselien wird kein Landtag regiert, nicht einmal in Ungarn. In solch unglücklich alterner Weise treibt man im „nationalen“ Lager staatsbürgerliche Jugendfreunde. Aber nur weiter so, die Arbeiterjugend wird durch solche Methoden, in denen ihre Klasse und deren politische Vertretung mit Schmutz besudelt wird, gründlich über das Wesen der „nationalen“ Jugendpflege unterrichtet. - Da reden jene Geister immer von der notwendigen Befähigung der Schundliteratur und erweitern durch Heißhören, wie: Wir sind Deutschlands Jugend das Feld, auf dem die Wildwüsten Kräuter der Jugendberückung wuchern. Da auch hierzu die preussische „Jugendpflege-Mission“ Verwendung findet?

Nützliche Bedeutung erlangt.

Aus Anlaß des sogenannten Kaisermandats kommt Wilhelm II. in die Provinz Sachsen. Seine treuen Untertanen in Stadt und Land werden es sich nicht nehmen lassen, ihn hier alles im schönsten Glanze zu sehen. Vom letzten Augenblicke hat man sich jetzt der mittelalterlichen Einrichtung des Provinzial-Landtages erinnert. Groussin weckt man ihn aus seinem zweiährigen Schlafe und ruft ihm in einer außerordentlichen Tagung für den 26. August nach Halle zusammen. Bekanntlich ist im allgemeinen der Einfluss des Provinzial-Landtages gleich Null. Wie jetzt soll doch die ihm nachgelagte allgemeinen Einkunftssteuer einmal überlistet werden. Er soll nämlich für den Reichs- und Provinzial-Landtag Verfügung stellen, man will ihn als patriotische Gehörtsmitgliedschaft bezeichnen. Wie nicht manchen Delegierten das Herz höher schlagen, wenn er im „Republikanischen Wirbel“ sein fähiges „Ja“ erschallen läßt. Der Kaiser in der Gestalt einer Erhöhung der Provinzialsteuer wird sich aber sicher auch bald einstellen und dem Festhalten eines unangenehmen Wilschins geben.

Wer vernichtet den Bauernstand?

Diese Frage richten die Agrarier und Vaterländischen mit Wut über die ländliche Verfallungen, von denen man vorher die Sozialisten ausgeschlossen hat und die darauf folgende Antwort ist natürlich: Die Sozials! Nun weiß ja ein jeder Landwirt, wie die feudalen, auch wohl den Titel „Hobbit“ tragenden Grundbesitzer das Bauernvolk und die Verwandlung des Bauernstandes vernichten in Sachsen. Wie nicht manchen Delegierten das Herz höher schlagen, wenn er im „Republikanischen Wirbel“ sein fähiges „Ja“ erschallen läßt. Der Kaiser in der Gestalt einer Erhöhung der Provinzialsteuer wird sich aber sicher auch bald einstellen und dem Festhalten eines unangenehmen Wilschins geben.

Wählen. Sozialdemokratischer Meeres. In der letzten Verammlung wurden die Genossen A. Zimmermann, Gehaus und Franz Rabau-Witten, Jähner-Vobles, Edmund-Zellau, Helling-Weichen als Delegierte zum Reichstag gewählt; als Ergänzung A. Weismann. Zum Reichstage wurde ein Antrag gegen eine Entlassung angenommen, die gegen die Reichstags die Einführung eines Reichstagsauschusses befristet behält. Der Jahresbericht des Ortsbildungsvereins schloß mit dem Hinweis, dass die Reichstagsauschüsse müßte Umstände halber bis zur nächsten Verammlung verlegt werden. Ueber das schließliche Schicksal des Reichstagsauschusses wird der Reichstag mit dem Hinweis, dass der Reichstag nach dem Reichstag nehmen soll. Der Kern des Reiches wird die Reichstags sein, die dem Kandidaten unserer Kreise, Genossen Bolander-Preisla übertragen werden soll. Die übrigen Arbeiten wurden dem Parteifunktionären übertragen. Wir bitten die Mitglieder des Reichstages, den ersten Einlassungen am reichzeitig Folge zu leisten. Die ganzen Arrangements sind so billig getroffen worden, daß wir damit keine Parteigenossen geizig werden. Nach einigen internen Angelegenheiten folgte Schluß der gutbesuchten Verammlung.

Schönheit. Gezecht die Strafe für Verhöhnung...
Kauschlich. Aufgeklärt. Der Merseburger Korrespondent hat beauftragt die Nachricht verbreitet, daß die Nikolaikirche wegen Beschädigung des Kirchhofes Theaters eine Schabensackforderung von 200000 Mark gestellt. Die Nikolaikirche hat für die elektrische Beleuchtung des Theaters während der Proben und Aufführungen, für Beheizung der Beleuchtung und andere Einrichtungen, für Ersatz unbrauchbar gewordenen Lampen und Wiederherstellung einiger der Theaterräume, unermittelbare Beschädigungen u. a. in der Provinzialkassa einen Betrag von 171 Mark entrichtet. Somit wäre dann der auffeuernde Fall sachlich aufgeklärt.

Gleichen. Bauarbeiter. In der letzten Mitglieder-Verammlung des Bauarbeiterverbandes wurde der Bauarbeiter Franz Richter, geboren am 1. Januar 1871, zum Reichstag, eingetretet am 1. Januar 1911 in Eisenach, ausgeschlossen. Bei dem sächsischen Abgeordnetenwahlrecht hatte er sich als Arbeitsunfähiger betätigt, und somit unzulässig gebildet. Ferner hatte sich Richter nicht mit beizulegenden Lebensmitteln gegen den Verband verhalten. Richter wurde für die Verweigerung verurteilt, weil sie nicht korrekt vorgeht. Für solche Leute ist es besser, daß sie dahin gehen, wo sie hin gehören. Die Ortsverwaltung.

Sangerhausen. Verhaftung. Der Fleischer Reinhold Hoff, der den Fleischermeister Rich. Glieblmann um 130 Mk. betrogen haben soll, wurde am Sonntag verhaftet und in das hiesige Amtsgericht eingeliefert.

Diebstahl. Am Freitag nachmittags wurde vor dem Wohnhause des Herrn, Carl Müller, dem Rentmeister in Halle a. S. ein Fahrrad gehörig gestohlen. Als Täter kommt ein Mann mit einem Knauf in Betracht, der in der Richtung nach Sangerhausen beobachtet wurde. Die Untersuchung über den Diebstahl des Rades wird an das hiesige Polizeiamt übertragen.

7 Prozent Dividende. In der Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Sangerhausen wurde beschlossen, nach jeder rechtlichen Abklärung eine Dividende von 7 Prozent zu zahlen. Ein ganz hübscher „Entwöhnungslohn“ für die Aktionäre.

Greppin. Fahrad Diebstahl. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr verlor ich bei der Schule ein Fahrrad. Ich habe mich sofort an den hiesigen Polizeiamt gewandt, um die Suche nach dem Dieben zu betreiben. Ich habe mich sofort an den hiesigen Polizeiamt gewandt, um die Suche nach dem Dieben zu betreiben. Ich habe mich sofort an den hiesigen Polizeiamt gewandt, um die Suche nach dem Dieben zu betreiben.

Wittenberg. Neue Regelung der Bürgerrechtsangelegenheiten. Durch eine Resolution unserer Partei wurde die Bürgerrechtsangelegenheiten in Wittenberg neu geregelt. Die Bestimmungen über die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes zu reduzieren. Mit der Petition wollte man erreichen, daß das die Witternittelnden so belastende Bürgerrechtsgeld von 6 Mark auf 3 Mark herabgesetzt wird. Bekanntlich wurden die meisten bezüglichen Bestimmungen von 1895 in der damaligen Sitzung herangezogen. Der Magistrat wurde beauftragt, ein entsprechendes Regulatorium über Berücksichtigung der Petition der Stadterordneten-Verammlung vorzulegen. Ein späterer Sitzung beschäftigte sich die Stadterordneten-Verammlung mit dem bezüglichen Regulatorium. Dem Genossen A. a. m. n. wurde die Berücksichtigung der ungenügenden und durch nichts mehr zu rechtfertigenden Gebühren verlangt. Dies lehnten alle Stadterordneten ab. Vom Bezirksauschuss wurde jetzt das bezügliche Regulatorium genehmigt, es enthält folgende Bestimmungen: Wer das Bürgerrecht in der Stadt Wittenberg erwirbt, ist zur Entrichtung eines Bürgerrechtsgeldes verpflichtet. Derselbe besteht aus a) die unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, die Lehrer und die Geistlichen, die gemäß b) der hiesigen Verfassung ihren Wohnsitz in Wittenberg nehmen; b) die Witternittelnden, die 12 Jahre in Wittenberg ihren Wohnsitz haben, bei der ersten Witternittelung; c) die unter a) genannten Personen bei der ersten Witternittelung des Wohnsitzes nach ihrem Auszug aus dem aktiven Dienste; d) diejenigen Personen, die in Wittenberg schon einmal Bürgerrechtsgeld bezahlt haben. § 2. Das Bürgerrechtsgeld beträgt für diejenigen, die von der Staatsbeamtenliste auf Grund des § 4 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und 19. Juni 1906 freigestellt sind, aber mindestens 4 Mark Gemeinde-Einkommensteuer bezahlt hat, 3 Mk. a. i. für diejenigen, die von der Staatsbeamtenliste nicht befreit sind, ein Einkommen von über 600 bis 1200 Mark 3 Mark, über 1200 bis 1500 Mark 10 Mark, über 1500 bis 2400 Mark 15 Mark, über 2400 bis 3000 Mark 20 Mark, über 3000 Mark 30 Mark Bürgerrechtsgeld.

Aus den Gerichtssälen.

Schwarzgericht. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ciesfeld...
Einbestellung. Der hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde...

Hand. Zur Verhandlung, zu dem der Württembergische Arbeiter...
Einbestellung. Der hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde...

Die Ausbreitung des Volksblattes

ist nur möglich, wenn jeder Leser des Blattes unermüdet für neue Abonnenten sorgt.
Werden die Abonnenten in der Nacht beschwerden, so ist unangenehm, wenn nicht, aber ein wohlgeschmecktes Pfefferkuchen zu trinken. Das unangenehme Gefühl der Wärme im Magen verschwindet und ruhiger Schlaf ist die Folge. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, die Wärme im Magen zu entfernen. Die Wärme im Magen zu entfernen, ist es notwendig, die Wärme im Magen zu entfernen.

geld. Folgendes ist die für die Zeit des Emerbes des Bürgerrechts gültige Veranlagung.

§ 3. Einprüche gegen die Veranlagung zum Bürgerrechtsgeld sind binnen einer Auschlussfrist von drei Monaten nach Zustellung des Zahlungsanspruchs bei dem Magistrat anzuhängen. Wegen des darauf ergehenden Bescheid kann binnen einer Auschlussfrist von zwei Wochen nach der Zustellung beim Bezirksamt die Klage im Verwaltungsrechtverfahren erhoben werden. Die Zahlung des Bürgerrechtsgeldes wird durch die Erhebung des Einpruchs nicht aufgehoben.

§ 4. Das Gesetz über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1940 findet auf das Bürgerrechtsgeld mit der Maßgabe Anwendung, daß die nicht zur Zahlung gelangten Bürgerrechtsgelder erst in zwei Jahren nach Ablauf desjenigen Jahres in dem die Zahlungsverbindlichkeit entstanden ist, verjähren.

§ 5. Vor Verjährung des Bürgerrechtsgeldes darf das Bürgerrecht nicht ausübt werden.

§ 6. Dieses Regulatorium tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft. Mit demselben Tage wird das Regulatorium vom 26. April und 11. Juni 1935 aufgehoben.

Mühlberg. Das diesjährige Schul- und Kinderfest findet Montag, den 8. Juli, auf dem Kämmereiplatz statt. Die Kinder treten nachmittags 2 Uhr auf dem Schulplatz zum Umzug an. Das Volksfest wird Sonntag, den 7. Juli, auf genanntem Plage abgehalten.

Chemwerda. Das Gewerkschaftsstatut hielt am 18. Juni seine Sitzung ab. Es hatten unentschiedelt Müller, Jofale und Wilscher; entscheidend: Schmel, Gerchow und Hoffgen. Unter Eingänge und Mitteilungen empfahl Kollege Mause ein Schul-, das zum Ausbau in die Berzege kommen soll. Es soll die Arbeiten der Unterrichtsleiter erhalten, damit die ersten Kollegen wissen, wo sie ihre Unterrichtsarbeiten erhalten. Das Gewerkschaftsstatut Einbeid teilt durch Mitteilung mit, daß die Fahrradwerke Studenten durch ihre Unachtsamkeit gegen die Förderungen ihrer Arbeiter konstatiert worden sind. Vom Sozialdemokratischen Verein wurde ein Schreiben belesen, das den Versuch des Parteifreies in der Jugendkonferenz, die am 9. Juni in Chemwerda tagte. Kollege Seemann empfahl den Gewerkschaften, die Jugendbewegung mehr zu unterstützen. Es wurde eine Frage über die Maurer geführt, daß dieselben noch nicht ihre Parteien für die ausgearbeiteten abgerechnet haben, was höchst nachlässig ist. Die flüssigen Gelder des Parteifreies sollen in Dausentlichtscheinen des Kontowereins angelegt werden. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Zentral-Bibliothek.

Wagsabgaben: Dienstags, Donnerstags abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.

Wetter.

Duell - Himmel.

Der Hamburger Major v. Goller überbrachte im Auftrage des Grafen Wismar eine Herausforderung zum Duell an sämtliche Vorstandsmitglieder des Hamburger Rennklubs. Der duellmüthige Graf ist ein ehemaliger „Derenreiter“. Mitglied des Union-Klubs in Hamburg und außerdem Rittmeister in der Armee. Bei dem letzten Rennen in Hamburg geriet er in seiner Loge mit dem Vorstandsmitglied des Rennklubs, Dr. Kämmerer, deswegen in Streit, weil er verbottenweise auf einen Stuhl saß. Dr. Kämmerer vermis ihm diese Ungehörigkeit und als der Herr Graf gar keine Notiz von dem Einpruch des Beauftragten des Rennklubs nahm, ließ man ihn von Polizeibeamten von der Rennbahn bringen. Durch diese bei gewöhnlichen Sterblichen selbstverständliche Folge einer Ordnungswidrigkeit fühlte sich nun der Herr Graf so verletzt, daß er den Gesamtvorstand des Rennklubs über den Haufen schießen möchte. Da die Geschichte mittlerweile bekannt geworden ist, wird er wohl keine Gelegenheit finden, seinen Wutausbruch zu stillen.

200 Menschen in den Niagara gestürzt.

Bei Eagle Park, etwa 12 Meter oberhalb der Niagarafälle, hat sich Sonntag ein schwerer Unglück ereignet. Auf dem großen Berg warteten etwa 1000 Ausflügler aus der Umgebung auf einen Bergantriebsdampfer. Plötzlich brach der Berg an seinem äußersten Ende zusammen und 200 Personen stürzten in den Fluß. Bis jetzt sind acht Leichen gefunden worden. Die meisten in den Fluß Gehürzten, unter denen sich viel Frauen und Kinder befanden, wurden gerettet. Es hielt jedoch fest, daß zahlreiche von den Bergstürzten von der Strömung fortgerissen wurden und in den Niagarafällen ihren Tod gefunden haben. Die Leichen konnten bis jetzt nicht geborgen werden. Die meisten der verunglückten Männer waren Angehörige einer Freimaurerloge in Buffalo.

Explosionsunglück in Tripolis.

Einige Artilleristen und Matrosen des Panzerkreuzers Carlo Alberto unter dem Kommando des Leutnants zur See Luigi de Giorgi, erlitten ein ernstes Unglück, als sie in einem Boot auf dem Meer waren und eine handige Gefahr bildeten, und machten sie unbrauchbar. Einige der Geschosse wurden auf einen Leichter gebracht. Hierbei explodierte eine Granate und tötete den Leutnant und sieben Soldaten; zwei Mann wurden leicht verletzt.

Wie man in Virginien Eier löst.

Bischof Baret aus Baltimore beschloß, so schreibt man der Deutschen Korrespondenz, vor einiger Zeit eine wohhabende Familie in Virginien. Als die Hausfrau hörte, daß ihr Gast mit Vorliebe gekochte Eier zum Frühstück esse, begann sie sich in die Küche, um das Maß selbst zu bereiten. Während die Dame eifrig am Herd arbeitete, begann sie die erste Strophe eines wohlbekannten geistlichen Liedes zu singen. Dann folgte der zweite Vers, und Bischof Baret, der vom Wohnzimmer aus den Gesang hören konnte, setzte mit seiner wohlklingenden Baritonstimme ebenfalls ein. Als die Strophe zu Ende war, wurde es still in der Küche und gleich darauf trat Phylax mit

dem fertigen Frühstück ein. „Warum singen Sie nicht auch den dritten Vers?“ fragte der Bischof. „Den dritten Vers?“ entgegnete die Dame erstaunt. „Aber der war doch nicht nötig.“ „Das verheißt ich nicht“, meinte Baret lachend. „So hören Sie, Hochwürden“, bemerkte die Hausfrau mit seinem Lächeln, „wenn ich weiche Eier kochen will, singe ich eine Strophe von „Ave Maria“; sollen die Eier aber hart werden, dann geräth der dritte Vers; der dritte wäre also überflüssig.“

Derfelbe möchte einen ruhigen Bohnen,

und es ist eine Affenhande, daß Derfelbe ihn nicht schon längst hat und daß Derfelbe ihn durch Anzucht in einem Garten bei Stadt Hannover züchten will. Denn Derfelbe ist der Idealarbeiter, gewissermaßen der strahlende Diamant unter den Steinen, die umherliegen. Derfelbe annouciert also:

Arbeiter.

welcher Mitglied eines Arbeitervereins und Mitbegründer des Deutschen Arbeitervereins ist, sucht Stellung als Kassenbote, Lagerhalter, Portier oder Aufseher. Derfelbe will aber vor sozialdemokratischem Zerrorismus voll geschützt sein. Gute Zeugnisse und Empfehlung von hochgestellten Personen vorhanden. Kautions kann gestellt werden. Offerten wph.

Man sieht, Derfelbe weiß sich zu empfehlen. Derfelbe verleiht es auch, die Barriolen an der richtigen Stelle zu pflanzen. Derfelbe ist nämlich Mitglied eines Arbeitervereins und annouciert in Derfelbe Mitbegründer des Deutschen Arbeitervereins. Und wenn Derfelbe vor sozialdemokratischem Zerrorismus geschützt wird, dann wird Derfelbe als Aufseher, Portier, Kassenbote oder dergleichen Wunder der Papierwelt berichten. Derfelbe hat seines Gleichen nicht in der deutschen Arbeiterwelt.

Keines Wierlei. Türtlich-italienischer Krieg. In Nord Ost von Congo, bei eingetroffen ist, kann es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Italienern und türkischen Aufständigen. Beide Parteien machten von Revolvern und Dolchen Gebrauch. Zwei Italiener wurden getötet, einer wurde über Bord geworfen und ertrank. Ein Italiener wurde durch Soldatische Getöse und acht Personen verletzt. - Mehrere Coleralfälle sind im Uralgebirge vorgekommen. Vier Personen sind bereits der Krankheit erlegen. Da die Seuche epidemisch zu werden scheint, haben die russischen Behörden Maßnahmen getroffen, um eine weitere Verbreitung zu verhindern. Zieren unter Aufsicht der Gesundheitsämter auf der Westseite trat Montag nachmittag bei Vieren. Ein mit 7 Arbeitern einer Werft besetztes Boot fenterte. Von den Insassen erkrankten vier, die drei anderen konnten von den in der Nähe liegenden Dampfern gerettet werden.

Ein Wankreuzer gegen 22 meißliche Angehörige begann am Montag vor der 2. Stromföhren des Deutschen Zeppis. Sie sind wegen Bergschens wider das feimende Leben angeklagt. Die Hauptangeklagte ist eine Frau Frieder, die ein logenannies „Schönheitsinstitut“ unterhält und bei der junge Mädchen und junge Frauen Art erhalten. Die Verhandlung findet hinter geschlossenen Türen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil wird erst in einigen Tagen zu erwarten sein. - Von einer Lavine niedergelassen. Von Hahausberg bei Westfalen ist eine mächtige Lavine niedergelassen. Ein 17jähriger Holzschicht wurde getötet, ein zweiter erheblich verletzt.

8 Uhr 20 **Walhalla.** 8 Uhr 20
Seit gestern neues Programm.
Tymians Riesenschlager:
„Garnisonsschmerzen“
Direktor Tymian als Rittmeister.
Alles wälzt sich vor Lachen!
Auserdem sämtliche Nummern neu!
Tagekasse 10-11 $\frac{1}{2}$ und 4-6 Uhr. - Karten überall!

Empfehle für Mittwoch und Donnerstag:
kernigen Schmeer von Irischer 72 Pf.
Schönung Pfl.
warme Pökelfleisch
ausser jeden Morgen
abends warme Knoblauchwurst.
Paul Bauermann, Marktplatz 20.
Telephon 1223.

Wohnungs-Einrichtungen
in nur solider Ausführung
zu
Mk. 400 500 600 700 800 etc.
empfehlen
G. Schaible.
Grosse eigene Werkstätten.
Grosse Märkerstrasse 26.
Kataloge gratis u. franko. Kataloge gratis u. franko.

Fliegenklatschen
aus Stahlraht, töten sicher, 30 Pf.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabatmarken.
Manschetten-Knöpfe
Kleiner Berlin 2, L.
Anzüge u. umgearbeitet, gefärbt, repar. u. neu angef., auch geändert.
Naudaus, Ouegustrasse 2, L.
Möbeltransporte jeder Art bei Opa Weitzke, Holzmarkt, Bernhartrage 56.
Künzels **Schweissfuss-Balsam**
„Fuss-Heil“
Ges. gesch. 143 523
Ohne jede Konkurrenz.
Viele glänzende Gutachten.
1/2 Pf. Mk. 100, 1/2 Pf. 60 Pf.
Zu haben bei:
Max Känzel, Magdeburgerstr. 59.
Morgen, Mittwoch
Schlachterest.
Marie Böttcher,
Zeilstrasse 2.
Morgen, Mittwoch
Schlachterest.
Marie Böttcher,
Zeilstrasse 2.
Für die Feinste verantwortlich: Hob. J. G. n. e. r. - Druck der Galisch. Genossensch. Buchdruck. (G. M. B. S.) - Verleger: born, Aug. G. r. o. b. j. e. t. A. J. ä. n. i. g. - Sämtl. i. Halle a. S.

Nussbaum.
Einmachegläser, weiss
Literinhalt ca. 1/4 3/8 1/2 3/4 1 1 1/2 2 2 1/2
Preis Pfg. 5 6 7 9 12 16 20 25
Literinhalt ca. 3 4 5 6
Preis Pfg. 28 38 48 58

Einmachegläser, weiss
Literinhalt ca. 1/4 3/8 1/2 3/4 1 1 1/2 2 2 1/2
Preis Pfg. 5 6 7 9 12 16 20 25
Literinhalt ca. 3 4 5 6
Preis Pfg. 28 38 48 58
Einmachegläser
mit Henkel, braun glasiert 58 48 32 28 19 Pf.
Einmachegläser
braun glasiert. 12 9 Pf.
Reform-Einkoch-Apparat 8⁷⁵
ff. verzinnt, zum Konservieren von Obst, Gemüse u. Fleisch, mit Einsatz von Thermometer, kompl.
Konservenglas „Tadellos“ 27 Pf.
mit Bügel-u. Gummiverschluss 52 36 42 32 Pf.
Konservenglas „Küchenfreund“ 35 Pf.
mit Drahtverschluss u. Gummi-Ring 55 48 40 Pf.
Milchsatten 12 8 Pf. Butterkühler 42 Pf.
Pergament-Salicyl-Papier 2 Bogen 20 Pf.
Pergamentpapier Mtr. 8 Pf. Zitronenpressen 8 Pf.

8,15 Uhr. **Apollo-Theater.** 8,15 Uhr.
Direktion: Gustav Pöller.
Der Lacherfolg von Halle:
„So'n Windhund!“
Im „Lustspielhaus“ Berlin und „Schauspielhaus“ Leipzig zuerst täglich ausverkaufter Gästler!

Liebreiz 500 Jahr-Festspiel in der Moritzburg.
verleiht ein artl. rein. Gesch. vollg. lügenbrüch. Aussehen, weißes, lamtliche Haut und blend. schönen Feint. Alles dies erzeugt die echte Liebreiz-Ästhetik. Seltene Größe & Stärke 50 Pf., ferner macht der **Baby-Cream** rate u. vinge. Haut in einer Nacht weich u. samtlich. Tube 50 Pf., bei: Heilmold & Co., Leipzigerstr. 104, Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48, Bruno Preisch, Mühlentwinger 1, F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6, Franz Wahren, Hofstr. 1, Ernst Janssch, Seibitzstr. 31, Max Beyer, Deutscherstr. 3, Willh. Durow, Drenthausstr. 10, Kramer, Gegenüb. d. Glauch. K. In Giebelchenstraße: Fritz Stoll.
Herzogburgund Cigarette
Preisliste 2-10 Pf.
UNION Gebrüder Liemann
Zu haben in Zigarrenhandlungen.
Wiafatur verkauft
Hall. Genossensch.-Buchdruckerei.
Für die vielen Vorteile dieser feineren Feinart beim Gebrauchen untereichen Entschließen, lagern wir auf diesem Wege allen unseren Dank. Eselben, im Juni 1912.
Die tieftrauernd. Hinterbliebenen
Emilie Hoffmann und Kinder.
Deutscher Transport-Arbeiter-Verband.
Infolge Unfallschlusses verstarb nach langem, qualvollem Weiden unser Mitglied, der Beisitzerpater
Bruno Wiener.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Donnerstag den 27. Juni abends 8.05 Uhr. - 10. Aufführung. -
Der Weg zur Macht
von Karl Hauptst.
Preis 50 Pfennig.
Die Volkshandlung.
Dienstag den 25. Juni abends 8.05 Uhr. - 9. Aufführung. -
Der Salzgraf von Halle.
Historisches Drama von Dr. Otto Luech, in 2 Aufzügen, für die Freilicht-Aufführungen der Moritzburg eingerichtet und inszeniert von Walter Sieg.
Spielleitung: Walter Sieg und Karl Schölling.
Bretze der Plätze (inklusive Südt. Hillelfeuer): Stieplach 0.56 M., Hinterer 1.12 M., Vorderer 2.10 M., 1. Parkett 3.10 M., Logenplatz 4.10 M. - Sämtliche Plätze sind nummeriert.
Verkaufsstellen in den Gemütskinderhandlungen v. Heinrich Gohau u. Reinhold Koch, sowie bei Richard Zeige, Große Steinstr. 11 und Richard Zeige, Fiehlcherstr. 1 (Ecke Geißstr.) erhältlich. - Umtauschkarten für Stadtergabe der Hiet. Unentgeltlich zu ermäßigten Preisen beim Kaufstellen erhältlich.
Donnerstag den 27. Juni abends 8.05 Uhr. - 10. Aufführung. -
Der Weg zur Macht
von Karl Hauptst.
Preis 50 Pfennig.
Die Volkshandlung.

